Klaus Lederer, das Eigentum und die Demokratie

Anmerkungen zur Kritik des Programmentwurfs

Detlef Bimboes

Klaus Lederer hat sich im ND vom 05.07.2010 in einem Beitrag (s. Anlage) mit der Eigentumsfrage im Programmentwurf der Partei Die Linke auseinander gesetzt. Dabei stellt er u. a. fest, dass „der gesellschaftliche Reproduktionsmechanismus der Kapitalverwertung … den Handelnden seine Zwänge auf(herrscht) und … durch ihr Handeln gleichzeitig am Laufen gehalten“ werde. „Staatseigentum war und ist mit kapitalistischer Reproduktion verbunden“. Deshalb führe „die Entgegensetzung von privatem und kollektivem Eigentum, die im Entwurf überall durchschimmert, hier nicht weiter“. „Nicht in neben dem privaten existierenden staatlichen Eigentum liegt der Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage, sondern in der 'Vergesellschaftung' der Ökonomie als solcher: In der demokratischen Entscheidung der Gesellschaft über die Rahmenbedingungen (…). Also in der Entscheidung über das Grundsätzliche, im Primat der Politik über die ökonomische Reproduktionsweise (…)“. Und weiter sagt er: “Nicht die Lösung der Eigentumsfrage ist Voraussetzung für eine 'richtige' Demokratie im Morgen. Die heutige Demokratie ist Voraussetzung und Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage. Kapitalistisches Privateigentum an Produktionsmitteln ist kein juristischer Titel, dessen Zuweisung an den Staatsapparat 'den Kapitalismus' aufhebt“. Die Eigentumsfrage soll also laut Lederer nur im Rahmen einer Verfügung aller über das Eigentum in ferner Zukunft gelöst werden, für die dann ökonomische und soziale Rahmenbedingungen bundesweit oder gerne auch europa- und weltweit gelten. Das hört sich gut an, dürfte aber nicht nur in der Gegenwart aufs falsche Gleis führen.

Reproduktionsmechanismus der Kapitalverwertung in die Zange nehmen

Hier werden von Lederer Dinge insgesamt falsch entgegengesetzt, verabsolutiert und irrig beurteilt. Warum? Das soll, ausgehend vom gesellschaftlichen Reproduktionsmechanismus der Kapitalverwertung, etwas näher beleuchtet werden. Dieser unterliegt ständigen politischen und ökonomischen Veränderungen. Das sieht Lederer auch so, allerdings mit einem Unterschied. So herrscht dieser Reproduktionsmechanismus den Handelnden zwar - wie Lederer richtig bemerkt – Zwänge auf, aber es sind – wie es bei ihm anklingt - beileibe keine unabänderlichen und allmächtigen Zwänge, die den Handelnden quasi schicksalhaft aufgeherrscht werden. Und an dieser Stelle muss man auf die Rolle des Staates zu sprechen kommen. Er ist in diesen Reproduktionsmechanismus einbezogen als Garant der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse und Instrument der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer

Interessen. Dennoch vermag diese den Staat aufgrund der ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüche niemals beliebig für sich einzusetzen. Welche Rolle der Staat in diesen Prozessen spielt und wie die Reproduktion konkret ausgeformt und durchgesetzt wird, wie Zwängen widerstanden oder nachgegeben wird, hängt von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und dem politischen Personal ab. Kurzum, der Staat hätte sich, betrachtet man nur die jüngere Vergangenheit, nicht notwendigerweise dem Druck des Kapitals beugen müssen. Das Verscherbeln öffentlichen Eigentums, die Privatisierung oder Teilprivatisierung von Krankenhäusern, Post und Bahn oder Wasserwerken war in der Vergangenheit nicht zwangsläufig. All die negativen Entwicklungen konnten in den vergangenen Jahren nur ihren Lauf nehmen, weil breiter öffentlicher Druck großer demokratischer Bewegungen fehlte, die Beherrschten sich teils ohnmächtig wähnten, teils sogar zustimmten und die Politik im Interesse der Herrschenden mehr oder weniger machen konnte, was sie wollte. Heute gilt mehr denn je: linke und andere demokratische gesellschaftliche Akteure müssen in den Reproduktionsmechanismus gestaltend eingreifen. Dabei kann es je nach Tiefe und Breite des demokratischen Prozesses zu mehr oder weniger Einflussnahme und Gestaltung in die gewünschte Richtung kommen. Also mehr Gemeinwohl vor Eigennutz, weniger statt mehr Profit, mehr statt weniger Umweltschutz, Rekommunalisierung statt Privatisierung. Letztlich geht es um nicht mehr und nicht weniger, als Breschen in den kapitalistischen Reproduktionsprozess für eine bessere Zukunft zu schlagen. Dafür gibt es im hier und heute jede Menge reformerischen Handlungsbedarf und vor allem Handlungsmöglichkeiten, die den Kapitalismus bis auf weiteres zwar nicht abschaffen, ihn aber zu notwendigen Anpassungen und Korrekturen bringen und zwingen können. Dazu gehört auch die Stilllegung von AKW`s, selbst wenn das, was Lederer umtreibt, den dort Beschäftigten nicht gefällt. In solchen Fällen werden Übergangszeiträume – wie bereits geschehen und inzwischen ständig politisch von Aufhebung bedroht - festgelegt werden müssen, die soziale Härten abfedern und die Suche nach neuen Arbeitsplätzen erleichtern.

Staatseigentum als Teil künftigen Wirtschaftens

Hat man dann auch noch staatliche Kommandohöhen in einer Bundesregierung erklommen, so ist es notwendig, die Finanzwirtschaft so rasch und so wirksam wie möglich an zentralen Stellschrauben zu regulieren, damit wirtschaftliche Prozesse auch entsprechend gesteuert werden können. Beides gehört zusammen, sonst funktioniert gar nichts. In diesem Zusammenhang macht auch Verstaatlichung Sinn, die ja noch nicht Vergesellschaftung ist. Staatseigentum, insbesondere ein struktur- und investititionsbestimmender Teil des Finanzsektors, ist dann nicht mehr schlichter Bestandteil kapitalistischer Reproduktion,

sondern gestaltendes Element im Ringen um Veränderung. Es ist privater Kapitalverwertungslogik entzogen und im Nebeneinander von privaten und staatlichen Unternehmen können dann gesellschaftliche Interessen besser verfolgt und durchgesetzt werden. Worum geht es? Es geht langfristig um genau das, was in den staatssozialistischen Ländern nie gewollt war und was deren Untergang mit herbeigeführt hat, nämlich um ein notwendiges Zusammenspiel von Markt und Plan. Genau das ist etwas, dem Klaus Lederer offensichtlich nichts abgewinnen kann und wo er aus deren und insbesondere dem Untergang der DDR völlig falsche Schlüsse zieht. Es geht, wie bereits angedeutet, um ein gewolltes Nebeneinander verschiedener Eigentumsformen: staatlichem, genossenschaftlichem und privatem mittlerem und kleinem Eigentum. Feste Bestandteile künftigen Wirtschaftens müssen politisch gewollte Rahmensetzung und Investitionssteuerung über Fonds in zentralen ressourcenverbrauchenden, stofflichen und materiellen Bereichen sein. Dazu gehören die Entwicklung und Entfaltung von funktionierenden Gütermärkten in wichtigen Bereichen, darunter der Versorgung mit Alltäglichem, Nahrung, Kleidung etc. Es ist selbstverständlich, dass dieser Weg nicht ohne Widersprüche, Irrtümer, Rückschläge sowie Such- und Findprozesse verläuft. Und es ist ebenso selbstverständlich, dass dieser Weg gleichzeitig von einer tiefgreifenden Demokratisierung aller Entscheidungsprozesse und Lebensbereiche geprägt sein muss. Im Zuge dieses Prozesses geht dann – weit in die Zukunft gesehen - die Verstaatlichung in eine Vergesellschaftung über, die allgemeiner gesellschaftlicher Verfügung unterliegt. Diesen Entwicklungen werden sich große Finanz- und Kapitalinteressen vehement entgegen stemmen. Mit nur allgemeinen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Rahmensetzungen wird sich deren Widerstand allein und auf Dauer nicht bändigen lassen. Vor diesem Hintergrund vor staatssozialistischen Illusionen im Programmentwurf zu warnen, wie es Lederer tut, ist schlicht abwegig. Die von ihm mit marxistischem Vokabular vorgetragene Utopie erzeugt nur Illusionen und taugt allenfalls für eine fernab liegende Zukunft. Seine Darlegungen sind nicht realitätstüchtig, weisen selbst Leerstellen auf, greifen zu kurz und lenken von den Aufgaben in Gegenwart und absehbarer Zukunft ab.

Deutschland, Europa und die Welt

Dass die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf nationalstaatlicher Ebene durch die Europäisierung und Globalisierung schwieriger und teilweise nur unvollkommen gelingen dürfte, ist kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken und den Aufbruch nicht zu wagen. Dem Programmentwurf ein bedenkliches Verharren im nationalstaatlichen Rahmen zu unterstellen, wie Lederer es tut, lässt sich dem Entwurf nicht entnehmen. Fakt ist doch, das sich in den einzelnen Nationalstaaten gewaltige soziale und ökologische Probleme aufgehäuft

haben. Zu ihrer Lösung bedarf es einer lokal und regional orientierten Binnenwirtschaft. Sie muss Vorrang vor einer Exportökonomie haben, die die globalen Ressourcen plündert und den Armen der Welt buchstäblich die Luft zum Atmen nimmt. Hierzulande müssen endlich die Hausaufgaben gemacht werden, will das Gemeinsame Haus Europa nicht zu einer Ruine werden. Hier wie in Europa gilt es, verlorenes Terrain wieder zu gewinnen und gemeinsam Wege in die Zukunft zu bahnen. Dabei kann man auch aus negativen Entwicklungen lernen. Seit einiger Zeit schon spielt der Nationalstaat Deutschland gnadenlos seine ökonomische Stärke auf dem europäischen Parkett aus. Träte stattdessen eine starke deutsche, demokratische Bewegung auf das europäische Parkett und wäre beispielsweise eng verbunden mit einer ebensolchen in Frankreich, dann könnte das allein schon aufgrund ihrer Kraft und Ausstrahlung auch zum Gelingen von vielem für eine gute Zukunft in beiden Ländern und in ganz Europa beitragen.

Berlin, den 10.07.2010

Anlage

Beim Eigentum zu kurz gegriffen
Von Klaus Lederer

Die Partei DIE LINKE hat mit der Debatte um ihr Grundsatzprogramm begonnen, das sie im Herbst 2011 beschließen will. Neues Deutschland begleitet die Debatte mit einer Artikelserie. Heute: Klaus Lederer (36), Landesvorsitzender der LINKEN in Berlin und seit 2003 Mitglied im dortigen Abgeordnetenhaus, diskutiert das Thema: Basiert die Demokratiefrage auf der Eigentumsfrage oder umgekehrt? Ferner: Marco Berlinguer (47), Mitarbeiter im Netzwerk »Transform! Italia«, Sohn des ehemaligen PCI-Vorsitzenden Enrico Berlinguer, plädiert dafür, die »kapitalistische Verabsolutierung der Geldschaffung« in Frage zu stellen und auf intellektuelle Unterwürfigkeit zu verzichten.

»Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft eröffnet, die den Kapitalismus überwindet«, heißt es im Programmentwurf. Dabei wird die Notwendigkeit betont, einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft voranzutreiben, in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Zu Recht wird auf die Konsequenzen der herrschenden ökonomischen Dynamik verwiesen. Wenn die Kapitalakkumulation eine immer schnellere Umschlaggeschwindigkeit in der gesellschaftlichen Reproduktion erzwingt, bezieht sich das auch auf ihre zerstörerischen Tendenzen: Umweltvernichtung, soziale Deklassierung und Ausgrenzung von Millionen, Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich, Nord und Süd. Gesellschaftliche Veränderungen hin zu einem sozial-ökologischen Richtungswechsel erfordern eine eingreifende, gestaltende Politik, die »den globalen Kapitalismus« perspektivisch überwindet. Wie aber soll das aussehen?

Zunächst geht der Entwurf davon aus, dass die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln ein zentrales Element einer Strategie gesellschaftlicher Veränderung ist. Das ist richtig. Wer will, dass sich eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik durchsetzt, kann über die herrschende ökonomische Basis der Gesellschaft nicht schweigen. Richtig ist auch, dass die gegenwärtig dominierende finanzmarktgetriebene kapitalistische Gesellschaftsreproduktion die Demokratie aushöhlt und politische Gestaltungsräume tendenziell unter sich subsumiert.

Wo der Programmentwurf aber auf die Eigentumsfrage zu sprechen kommt, greift er zu kurz und hinterlässt in Bezug auf die konkrete Veränderungsperspektive eine irritierende Leerstelle. »In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie sie DIE LINKE anstrebt«, heißt es da, »haben verschiedene Eigentumsformen Platz: staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums.« Für diverse besonders wichtige Wirtschaftsbereiche, auch die klassische Daseinsvorsorge, fordert der Entwurf öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle. Durch Institutionalisierung von Verbraucherverbänden und Belegschaften soll demokratische Mitsprache und Partizipation gesichert werden. Strukturbestimmende Großbetriebe sind in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen. Welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe das sind, soll jedoch der »demokratische Prozess« klären. Diese Auslassung erstaunt. Gerade ein Parteiprogramm ist doch der Platz, um die Positionen festzuhalten, die DIE LINKE in diesen demokratischen Prozess einbringen will, der Entwurf das Medium, über das die innerparteiliche Selbstverständigung zu genau dieser Frage bewerkstelligt werden soll.

Offen bleibt auch, was sich das Publikum unter einer »demokratischen Vergesellschaftung« vorzustellen hat. Die Anknüpfungspunkte im Entwurf sind vage. Sie deuten aber darauf hin, dass nicht so sehr »der Kapitalismus« – das Herrschafts- und Aneignungsverhältnis – als das entscheidende Problem angesehen wird, sondern die juristische Form des Eigentums, die Inhaberschaft an den Unternehmen. Ferner bleibt die programmatische Beschreibung im nationalstaatlichen Rahmen verhaftet. Angesichts der globalisierten ökonomischen Prozesse und der Nord-Süd-Spaltung ist das bedenklich.

Der »globale Kapitalismus« erscheint im Entwurf »personifiziert«, subjektiviert, als sei »er« ein handelnder Akteur. Aber der Kapitalismus ist kein Subjekt, sondern ein komplexes und widerspruchsvolles gesellschaftliches Verhältnis, getrieben durch das Handeln konkreter Menschen in konkreten Zwängen und Verhältnissen, und äußerst wandlungs- und entwicklungsfähig. Kleine und große Kämpfe, politische Interventionen und Entscheidungen im raum-zeitlich konkreten Zusammenhang geben ihm sein spezifisches Antlitz. Die Gier einzelner »Privater« ist nicht Ursache, sondern Ausdruck des Problems: Manager und Aktionäre der großen Konzerne sind nicht »der Kapitalismus«. Der gesellschaftliche Reproduktionsmechanismus der Kapitalverwertung herrscht den Handelnden seine Zwänge auf und wird durch ihr Handeln gleichzeitig am Laufen gehalten.

Wie soll das geändert werden? Die Entgegensetzung von privatem und kollektivem Eigentum, die im Entwurf überall durchschimmert, führt hier nicht weiter. Anstelle des – vom Gesellschaftlichen abgesonderten – Privateigentums an Produktionsmitteln wird das Publikum nur auf andere, aber ebenfalls vom Gesellschaftlichen »abgesonderte« Eigentumsformen verwiesen. Der Entwurf spricht von »vergesellschafteten«, »unter öffentlicher Kontrolle stehenden« Bereichen, meint aber damit im Wesentlichen staatliche Eigentumsformen – das alles soll neben dem Privateigentum an Produktionsmitteln existieren. Der Entwurf behauptet, dass damit die Dominanz des kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisses gebrochen werden könne. Er lässt aber völlig offen, warum und wie eine solche

»Vergesellschaftung« ungeklärten Ausmaßes zur Überwindung des Systems Kapitalismus, zur Brechung des Profitprinzips, beitragen kann.

Es ist kein Wunder, dass – nach dem Scheitern des Staatssozialismus – die Frage aufgeworfen wird, welche Ökonomie hier entstehen soll. Eine Ökonomie der VEBs? Wird nun darauf verwiesen, dass das alles selbstverständlich mit »demokratischer Kontrolle« verbunden sein werde, so ist das nicht trivial. Der moderne bürgerliche Staat ist nicht die Verkörperung des Gemeinwohls, sondern tragender, nur relativ abgesonderter Teil des Kapitalverhältnisses. Und wie schnell der Anspruch »gesellschaftlicher Kontrolle« in den Mühlen der Interessen und Machtverhältnisse zerrieben ist, zeigt nicht nur die gescheiterte DDR. Es zeigt auch die Realität des öffentlichen Unternehmenssektors, wenn wir genau hinsehen. Schon die Formulierung im Programmentwurf, Belegschaften und Betroffene sollen (letztlich nur) »eine starke demokratische Mitsprache« haben, lässt aufhorchen. Offenbar wird – trotz des verheißungsvollen Begriffes der »Vergesellschaftung« – nicht die Aufhebung der Absonderung »des Eigentums« von der Gesellschaft angestrebt.

Staatliches Eigentum ist nun einmal nicht der sozialistische Gegensatz zum kapitalistischen Privateigentum. Im Gegenteil, Staatseigentum war und ist mit kapitalistischer Reproduktion verbunden. Nicht selten wurde mit dem Ziel der Stabilisierung und Beförderung der Kapitalreproduktion verstaatlicht, wie wir gerade aktuell wieder sehen können. Daran ändert zunächst auch Belegschaftseigentum oder ein mit Vetorechten ausgestatteter »Runder Tisch« nichts. Wie würde sich unter gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen wohl die Belegschaft eines Atomkraftwerks oder einer Rüstungsfabrik entscheiden, wenn es an die Schließung des Unternehmens geht? Und wie würde sich die Eigentümerin eines Stadtwerks entscheiden, wenn die Alternative zum Bankrott in der aggressiven Ausweitung der Geschäftstätigkeit im internationalen Maßstab besteht? Vergessen wir nicht: auch Vattenfall ist ein Staatskonzern.

Ich will damit nicht sagen, dass die Ansätze des Entwurfs allesamt reformpolitisch falsch sind. Aber sie behandeln nicht das programmatische Perspektivenproblem. Nicht in neben dem privaten existierenden staatlichen Eigentum liegt der Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage, sondern in der »Vergesellschaftung« der Ökonomie als solcher: In der demokrati-schen Entscheidung der Gesellschaft über die Rahmenbedingungen, unter denen gewirtschaftet wird, weil und soweit alle von Praxis und Folgen dieses Wirtschaftens betroffen sind. Also in der Entscheidung über das Grundsätzliche, im Primat der Politik über die ökonomische Reproduktionsweise, über Investitionen, Arbeitsbedingungen, Wertschöpfungsmodus, über die Verwendung des Mehrprodukts jeglicher Arbeit, egal ob in staatlichen, genossenschaftlichen oder privaten Unternehmen.

Eine neue Gesellschaft entsteht, wenn in der alten Gesellschaft ihre Elemente bereits in einer Weise angelegt sind, dass deren Hülle gesprengt wird. Das passiert nicht im Selbstlauf. Wir kommen nicht umhin, in den vorgefundenen Verhältnissen die Anknüpfungspunkte für die Gesellschaftsveränderung, den sozial-ökologischen Umbau, zu suchen – und für die bevorstehenden Auseinandersetzungen sehr konkrete gesellschaftliche Bündnisse zu erarbeiten. Dazu muss DIE LINKE ihren Standort ebenso konkret bestimmen.

Die wichtigste und mächtigste reale und potenzielle Gegentendenz zum »Totalitarismus der Ökonomie«, zu den zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus, ist der demokratische Prozess, so unvollkommen er auch sein mag. Wenn der Entwurf festhält, »wo vor allem der Profit regiert«, bliebe »kein Raum für Demokratie«, führt das in die Irre. Gerade Demokratie ist das Schlüsselelement für die Lösung der Eigentumsfrage, in ihrem institutionellen Raum

streiten die »Klassen« die zentralen Kämpfe aus. Der Entwurf hält fest, dass das Kapital die Demokratie bedrohe. Das ist richtig. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass »der Kapitalismus« erst den Rahmen für die Erkämpfung moderner demokratischer Formen gebildet hat. Sie sind ein Element des Neuen, das über das Bestehende hinausweist.

Nicht die Lösung der Eigentumsfrage ist Voraussetzung für eine »richtige« Demokratie im Morgen. Die heutige Demokratie ist Voraussetzung und Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage. Kapitalistisches Privateigentum an Produktionsmitteln ist kein juristischer Titel, dessen Zuweisung an den Staatsapparat »den Kapitalismus« aufhebt. Das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln ist ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem die Verfügung über gesellschaftliche Entscheidungsfragen privatisiert ist. Eigentümer ist, wer über etwas verfügen kann. Vergesellschaftet ist folglich, was in allgemeiner Verfügung liegt. Hier liegt das Kampffeld, in dem in Suchbewegungen die Verfügung aller über das Eigentum erlangt, die ökonomische Zwangsherrschaft überwunden werden kann. Der im Entwurf vertretene Ansatz birgt die Gefahr, dass dieses Bewusstsein in den Hintergrund gerät und durch staatssozialistische Illusionen verschüttet wird.

Der Artikel wurde am 05.07.2010 auf http://www.neues-deutschland.de veröffentlicht.
Den Artikel finden Sie unter: http://www.neues-deutschland.de/artikel/174530.beim-eigentum-zu-kurz-gegriffen.html

(c) Neues Deutschland 2010

http://www.neues-deutschland.de